

Rede von Klaus Schneck vor dem Landtagsplenum am 03.07.2008 zum Thema

Entfernungspauschale ab dem ersten Kilometer wieder einführen – Arbeitnehmer entlasten und in ihrer Mobilität stärken

Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir als SPD-Landtagsfraktion sprechen uns dafür aus, die Kilometerpauschale vom ersten Entfernungskilometer an wieder einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind durch die höheren Energiekosten in vielerlei Hinsicht drastisch belastet. Einen wesentlichen Anteil daran hat der Anstieg der Treibstoffkosten für beruflich bedingte Fahrten verursacht. Gerade Arbeitnehmer haben in unserem Flächenland Niedersachsen erhebliche Wegstrecken zur Arbeit zurückzulegen und haben oft gar keine Wahl, sich entweder eine andere Arbeit, einen anderen Arbeitsplatz oder ein öffentliches Verkehrsmittel zu suchen.

Als 2007 in der letzten Stufe der Steuerreform die Kilometerpauschale vom ersten bis zum 20. Kilometer abgeschafft wurde, hat das für etwa 8,1 Millionen Arbeitnehmer in ganz Deutschland die totale Abschaffung der Kilometerpauschale bedeutet. Alle anderen Arbeitnehmer können heute erst ab dem 21. Kilometer eine berufsbedingte Aufwendung als Werbungskosten steuerlich mit 30 Cent pro Kilometer geltend machen.

Sehr verehrte Damen und Herren, vor dem Hintergrund der explodierenden Treibstoffkosten heute war diese Entscheidung aus heutiger Sicht - ich formuliere es ganz vorsichtig - nicht optimal. Damals wurde es anders eingeschätzt.

Die Treibstoffkosten heute liegen zwischen 1,50 Euro und 1,60 Euro pro Liter. Das wären nach alten D-Mark-Rechenwerten ungefähr 3 DM pro Liter. Das erwähne ich hier deshalb, sehr verehrte Damen und Herren, weil das die gefühlte Lage der Menschen ist, die es hier zu berücksichtigen gilt.

(Beifall bei der SPD)

Wir verlangen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Flexibilität in der Wahl ihres Arbeitsplatzes. Das Flächenland Niedersachsen ist darauf angewiesen, dass Menschen aus dem ländlichen Raum in die Industrie-, Verwaltungs- und Dienstleistungszentren zu ihrer Arbeit fahren. Wir wollen langfristig keine Entvölkerung der Fläche oder womöglich ganzer Regionen. Wir wollen soziale Strukturen mit jüngeren und älteren Menschen in unseren ländlichen Räumen erhalten.

Arbeitnehmer sind durch die geänderten Rahmenbedingungen besonders in der letzten Zeit gebeutelt. Lassen Sie uns gemeinsam umlenken und durch ein Zurück die Kilometerpauschale wieder vom ersten Kilometer an steuerlich anrechnen!

(Beifall bei der SPD)

Auch sollten wir durchaus andere Entlastungsmöglichkeiten diskutieren, etwa um die Entfernungskilometer auch für Geringverdienende steuerlich gerecht zu entgelten.

Hier gibt es Vorschläge aus den Verbänden, die durchaus diskutabel sind, so meine ich zumindest.

Deshalb, sehr verehrte Damen und Herren, fordern wir die Landesregierung in unserem Antrag auf, eine Bundesratsinitiative so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen. Verstecken wir - ich betone „wir“ - uns nicht hinter zu erwartenden Gerichtsurteilen! Der Ausfall der steuerlichen Wirkungen zulasten Niedersachsens wird mit rund 125 Millionen Euro prognostiziert. Diese Mittel lassen sich problemlos aus den im Mai auch für Niedersachsen prognostizierten Mehreinnahmen bestreiten.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns aus Niedersachsen ein Signal an die Große Koalition in Berlin für mehr Steuergerechtigkeit, für mehr Arbeitnehmer- und Familienentlastung und für den Erhalt der sozialen Strukturen im ländlichen Raum senden!

Lassen Sie uns in den Ausschussberatungen versuchen, einen gemeinsamen Weg zu finden, in unseren Parteien und in den Strukturen dafür Mehrheiten zu suchen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Niedersachsen zu entlasten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)